

05. April 2024: "Proteste gegen Rechts: Was folgt jetzt?" (Diskussions-Veranstaltung)

"Proteste gegen Rechts: Was folgt jetzt?"

(Diskussionsveranstaltung am 5. April 2024 in Berlin)

Als die AfD im Jahr 2023 in Wahlumfragen immer neue Höchstwerte erreichte und bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen Rekordergebnisse erzielte, fragten sich viele ratlos und ängstlich: Was kann man dagegen tun? Nachdem dann Correctiv im Januar 2024 eine Recherche über ein Treffen veröffentlichte, bei dem unter Beteiligung von AfD-Funktionär*innen über die Deportation von deutschen Staatsbürger*innen diskutiert wurde, änderte sich die Lage: Auf einmal waren Millionen von Menschen nicht mehr ratlos und gelähmt, sondern wussten, was sie tun können: Auf die Straße gehen und demonstrieren, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen die AfD ist. Die dabei entstandene Demonstrationswelle zählt zu den größten in der Geschichte der Bundesrepublik. Dies wirft Fragen auf: Warum war die Mobilisierung so erfolgreich? Worin bestehen ihre «Erfolge» überhaupt? Welche Effekte können die Proteste auf die weitere Entwicklung der Politik im Wahljahr 2024 haben? Und wie können wir die aktuelle Dynamik nutzen? Diese und weitere Fragen diskutieren wir mit Lisa Bogerts und Nils Kumkar.

- **Lisa Bogerts** ist Protest- und Konfliktforscherin mit Sitz in Berlin. Sie forscht u.a. zu künstlerischem Aktivismus, Mobilisierungsstrategien und zur Bildsprache rechter Bewegungen im Netz. Ihr Buch «The Aesthetics of Rule and Resistance» erschien 2022 bei Berghahn Books, New York.
- **Nils Kumkar** ist Soziologe an der Universität Bremen, wo er zu sozialer Ungleichheit, Konflikt und politischer Kommunikation in Deutschland und den USA forscht und publiziert. Er schreibt u.a. für das Jacobin Magazin und die FAZ. Sein aktuelles Buch «Alternative Fakten: Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung» erschien 2022 im Suhrkamp Verlag.
- Moderation: **Dr. Floris Biskamp**, Politikwissenschaftler und Soziologe und seit 2024 Leiter des DFG-Projekts «Die Aushandlung von Sagbarkeitsgrenzen in politischen Diskursen» an der Universität Tübingen